

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

299 (22.12.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landemann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 23. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Samstag, den 22. Dezember 1951

Nr. 209

Eine Bilanz des Bundestags

181 Plenarsitzungen und 7875 Protokollseiten

Bonn (UP). Nun da der Bundestag in seine Weihnachtsferien gegangen ist, wird in Bonn eine kleine Bilanz seiner Tätigkeit aufgestellt. Seit seinem Bestehen hat der Bundestag nicht weniger als 418 Gesetzesentwürfe behandelt, von denen bereits 234 in Kraft traten. Insgesamt 119 Interpellationen, 226 Anfragen und 900 sonstige Anträge gingen ihm während der gleichen Zeit zu. Der Verlauf der 181 oft bis tief in die Nacht ausgedehnten Plenarsitzungen kann man nicht immer schmeichelhaftes Schimpfwort und beißenden Zwischenrufen in den Sitzungsprotokollen nachlesen werden, die jetzt auf 7875 Foliosseiten angewachsen sind. Dies ist teilweise recht mühsam, oft aber auch erhellend. Man kann dabei u. a. feststellen, daß die Abgeordneten Franz Strauß (CDU), Dr. Otto-Heinrich Greve und Wilhelm Meißles (SPD), August Böler (FDP) und Heinz Renner (KPD) zu den „größten Zwischenrufern“ gehören.

Allein in diesem Jahr fanden 72 Plenarsitzungen statt, auf denen so schwerwiegende Gesetze wie die Mitbestimmung bei Kohle und Eisen, das Feststellungsgesetz zum Lastenausgleich und das viel umkämpfte Investitionshilfegesetz durchgepackt wurden. Die durch den Platon-Ausschuß, den Dokumenten-Ausschuß und den Untersuchungsausschuß für die Personalpolitik des Auswärtigen Amtes auf 47 angewachsenen Bundestagsausschüsse hielten nicht weniger als 1222 Sitzungen ab, zu denen noch 311 Untersuchungsausschüsse kommen. 491 Mal berieten die Fraktionen und 37 Mal trat der Ältestenrat zusammen.

Italien

hebt Rüstungsbeschränkungen auf
Teilweise Revision des Friedensvertrages — Zustimmung der Westmächte

Rom (UP). Italien hat die Bestimmungen seines Friedensvertrages über die Größe der bewaffneten Streitkräfte, die Neutralisierung seiner Grenzen und das Verbot der Produktion von Atomwaffen für null und nichtig erklärt.

Dieser Proklamation ging die Antwort von acht westlichen Ländern auf eine römische Note voraus, in der Italien um eine Revision des mit ihm abgeschlossenen Vertrages in diesen Punkten gebeten hat. Die Sowjetunion und drei weitere Kominformstaaten haben auf die italienische Note, die am 8. Dezember den Unterzeichnerstaaten zuging, nicht geantwortet. Es kann als sicher angenommen werden, daß diese Länder Einspruch gegen die Revision einlegen werden. Ein Sprecher des italienischen Außenministeriums erklärte jedoch, daß die fraglichen Artikel des Friedensvertrages nun nicht mehr länger Gültigkeit für Italien besitzen. „Die Revision des Friedensvertrages ist eine vollendete Tatsache geworden.“

Die acht Länder, die den italienischen Wünschen zugestimmt haben, sind die USA, Großbritannien, Frankreich, Griechenland, Neuseeland, National-China, Holland und Belgien. Die Beschränkungen der Streitkräfte, die Italien jetzt nicht mehr als existent betrachtet, sahen folgenden Höchststand vor: Armee: 250 000 Mann, davon 70 000 Karabinier; Marine: 25 000 Mann, zwei Schlachtschiffe, darüber hinaus eine Gesamttonnage von 67 500 Tonnen; keine Flugzeugträger, keine U-Boote; Luftflotte: 125 000 Mann, 200 Jagdflugzeuge, 150 Transportflugzeuge, keine Bomber.

Wieder fünf Ägypter erschossen

Die ersten Freiwilligen werden rekrutiert

Kairo (UP). Ein britischer militärischer Sprecher gab bekannt, daß von einer britischen Streife fünf Ägypter erschossen wurden, die sich an dem britischen Wasserwerk bei Suez zu schaffen machten. Die Briten umzingelten die Ägypter und forderten sie auf, sich zu ergeben. Die Ägypter sprangen jedoch in den nahegelegenen Süßwasserkanal und versuchten, tauchend zu entkommen. Darauf eröffneten die Briten das Feuer. Fünf Ägypter wurden getötet, drei gerieten in Gefangenschaft. Sie wurden verhört und später wurden zwei von ihnen wieder entlassen.

Währenddessen gab die ägyptische Regierung bekannt, daß am Heiligen Abend mit der Rekrutierung von Freiwilligen für den Dienst in den „Befreiungsbataillonen“ begonnen werden soll. Das erste Kontingent ägyptischer Studenten, das den Kampf gegen die Briten aufnehmen will, wird in Kürze in die Kanäle gehen. Auf einer Versammlung von Studenten und Professoren der Fuad El Aral Universität sammelten die Versammlungsteilnehmer 3000 ägyptische Pfunde, die für die Ausrüstung der ägyptischen Kämpfer bestimmt sein sollen. Die theologische muslimische Universität von Al Ashar entsandte zu dieser Versammlung eine Delegation, dessen Führer in der einen Hand ein Gebetbuch und in der anderen einen Revolver trug.

Die Anglo-Iranian warnt

Teheran (UP). Die Anglo-Iranian-Oil-Company, deren Besitz im Iran von der Regierung enteignet wurde, warnte in einem ausführlichen Schreiben alle italienischen Ölgesellschaften, Eigentümer von Ölfeldern und Ölhändler vor dem Ankauf von Rohöl und Ölprodukten aus Iran.

Die Hoffnung auf Frieden

Die Weihnachtswünsche prominenter Politiker

Bonn (UP). Eine Reihe führender deutscher Politiker und hoher Beamter der Bundesregierung haben der United Press vor den Feiertagen ihre Weihnachtswünsche und Hoffnungen für das neue Jahr mitgeteilt. Bundeskanzler Dr. Adenauer hofft auf die Erhaltung des Weltfriedens. „Hierfür erachte ich unsere Gleichstellung innerhalb der verbleibenden europäischen Gemeinschaft als unumgänglich notwendig; ich hoffe darüber hinaus, daß die Erfolge der Bundesregierung sich mit dem wachsenden Vertrauen und Verständnis des Volkes und seiner gewählten Vertretung begegnen.“

Bundesinnenminister Dr. Lehr sagte: „Ich wünsche mir für das Jahr 1952 inneren Frieden, Sicherheit und Ruhe und einen kontinuierlichen Aufbau“. Bundesfinanzminister Schäfer: „Ich wünsche mir nur, dem Sparrer im neuen Jahr sagen zu können, sein Vertrauen in den Staat und dessen Finanzpolitik sei gerechtfertigt worden“. Bundesjustizminister Dr. Dehler: „Mehr Recht in der Welt, mehr Recht unserem Volk und mehr Recht in unserem Volk“. Bundeswirtschaftsminister Erhard: „Stabile Rohstoffpreise und nicht zuletzt einen für uns erträglichen Verteidigungsbeitrag.“

Dr. Kurt Schumacher erklärte: „Ich wünsche die soziale Fundierung der Demokratie in Europa und von dieser Plattform aus den Kampf für die Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker und für die deutsche Einheit“. Frau Heine Wessel, erste Vorsitzende der Zentrumspartei: „Verständigung mit dem Osten und damit die Sicherung des Weltfriedens und die Garantie des ruhigen Aufbaus Deutschlands.“

In seiner Weihnachtsbotschaft wünscht der französische Hochkommissar Francois-Poncet dem deutschen Volk, daß es in Kürze die Macht wieder erhalte, über sein Schicksal zu bestimmen, und daß es den Weg der Schaffung einer übernationalen europäischen Einheit beschreite. Die Annäherung und Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, ohne die ein organisiertes Europa nicht entstehen könne, möge insbesondere von der deutschen Jugend zusammen mit der französischen Jugend herbeigeführt werden.

Auch der amerikanische Hochkommissar McCloy übermittelte seine aufrichtigsten Wünsche für ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr dem deutschen Volk in einer Botschaft, in der er feststellte, daß die Amerikaner und ihre Alliierten sechs Jahre gemeinsam mit dem deutschen Volk daran gearbeitet hätten, in Deutschland eine Lebensauffassung zu schaffen, die „auf den Idealen des Friedens auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ beruhe. Dabei habe sich zwischen diesen Partnern ein neues Verhältnis

entwickelt, das zur dauernden Wirklichkeit werden möge.

Dekartellisierung muß abgeschlossen werden

Wird das Sicherheitsamt aufgelöst? Schreiben der Hochkommissare an Adenauer

Bonn (UP). Die Hochkommissare haben dem Bundeskanzler in einem Schreiben mitgeteilt, daß nach der Durchführung des Entflechtungsgesetzes der Alliierten und der Inkraftsetzung des Schumanplans die deutsche Kohle- und Stahlindustrie keinerlei Beschränkungen mehr unterliegt, außer denen, die sich aus dem Schumanplan selbst für alle Schumanplan-Länder ergeben.

Das Schreiben der Hochkommissare an den Bundeskanzler gab Staatssekretär Hallstein am Freitag in Bonn bekannt, ebenso die inzwischen veröffentlichten Abkommen der Alliierten über die Auflösung der Ruhrbehörde und die Beendigung der Industriekontrollen, über die wir bereits mehrfach berichtet haben. Nur Dekartellisierung nach dem alliierten Gesetz Nummer 27 ist von den Aufhebungsbestimmungen ausdrücklich ausgenommen. Hallstein betonte, daß die Durchführung der Dekartellisierung Gegenstand der Verhandlungen mit den Alliierten über die vertraglichen Vereinbarungen zur Ablösung des Besatzungsstatus sei. Man hoffe, daß die Entflechtung bis Ende 1952 durchgeführt werden könne. Nach den Worten Hallsteins ist jedoch eine etwaige Konzentrierung oder Zusammenfassung in Kohle und Stahl nach der von den Alliierten befohlenen Entflechtung ausschließlich Sache der Höheren Behörde des Schumanplans und kann durch die dann durchgeführten Entflechtungsbestimmungen nicht gehindert werden.

Durch das von den Westmächten vereinbarte Abkommen über die Aufhebung der Beschränkungen der deutschen Stahlproduktion und der Stahlkapazität erlöschen die Befugnisse des militärischen Sicherheitsamtes auf diesem Gebiet mit Inkrafttreten des Schumanplans. Eine Ablehnung der Kapazitätserweiterung, wie sie die August-Thyssen-Hütte kürzlich erfahren hat, ist nach der Darstellung Hallsteins weder vom Sicherheitsamt noch von einer anderen Seite möglich, wenn der gemeinsame europäische Markt für Kohle und Stahl nach dem Schumanplan geschaffen worden ist.

Über die verbleibenden Befugnisse des alliierten Sicherheitsamtes und damit über das Schicksal des Amtes überhaupt werde ebenfalls gegenwärtig im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen zur Ablösung des Besatzungsstatus verhandelt. Die deutschen Verhandlungspartner setzen sich für die Auflösung des Sicherheitsamtes ein.

Alle Alliierten zur Hilfe verpflichtet

Automatisches Eingreifen im Fall eines Angriffs — Eine Erklärung Schumans

Paris (UP). Der französische Außenminister Schuman erklärte vor dem Rat der Republik, dem französischen „Oberhaus“, daß alle großen Alliierten sich an der Verteidigung Europas beteiligen würden, wenn ein Mitglied des Nordatlantikkpaks angegriffen wird.

Im Rahmen einer außenpolitischen Debatte führte Schuman ferner aus: „Die automatische Intervention auf Grund des Artikels V des Pakts erfolgt unter der Voraussetzung, daß alle großen Verbündeten sofort zu Hilfe eilen, wenn ein Mitglied des Pakts angegriffen werden sollte. Es ist eine Tatsache, daß eine internationale Streitmacht auf der anderen Seite des Rheins in Deutschland stationiert ist. Diese Streitkräfte werden durch sechs britische Divisionen verstärkt werden.“

Der Rat der Republik begrüßte — mit Ausnahme der Kommunisten — die Ausführungen Schumans. Ein Senator sagte: „Wir würden weitere Truppen auf unserem Boden begrüßen. Amerikanische Truppen sollten durch belgische und holländische Einheiten ersetzt werden.“

General de Gaulle sagte auf einer Pressekonferenz, daß eine Allianz zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Patriotismus und die Unabhängigkeit beider Völker begründet werden müsse. Eine solche Allianz könnte die schwächeren europäischen Mächte in die Lage versetzen, sich der Macht der USA zu entledigen. „Ein Krieg“, sagte de Gaulle, „wird nicht mit Plänen, dem Pentagon und Hauptquartieren geführt, sondern mit dem Blut der Nationen. Wir können uns bei dem Aufbau eines vereinten Europa nicht auf das britische Commonwealth verlassen und auch nicht auf die USA, weil sie sich über die europäische Situation und ihre Hintergründe zu wenig klar sind.“

Mehr Befugnisse für Eisenhower? Der Vorsitzende der provisorischen Ausschusses für die Aufrüstung der NATO-Staaten u. Leiter des amerikanischen Waffenhilfsprogramms Averell Harriman sagte auf einer Pressekonferenz in Washington, seine Emp-

fehlungen an die Mitgliedstaaten des Atlantikkpaks seien eine Erweiterung der Befugnisse General Eisenhowers und seiner Mitarbeiter vor. In seinem Bericht an die NATO-Staaten habe er Empfehlungen für den Ausbau der militärischen Verteidigung Westeuropas im Lauf des kommenden Jahres und der nächsten Jahre niedergelegt. Dieser Bericht werde auf Veranlassung General Eisenhowers nicht veröffentlicht, da es sich um militärische Geheimnisse handele. Die Pläne für den militärischen Aufbau gingen von der Voraussetzung aus, daß die amerikanische Waffenhilfe im kommenden Jahr etwa dieselbe Höhe erreichen werde wie im Jahre 1951. Die Stärke der europäischen Streitkräfte werde im kommenden Jahr ausreichend sein, um jeden möglichen Angreifer abzuschrecken. Averell Harriman betonte weiter, daß er nicht wisse, wie lange General Eisenhower auf seinem Posten als Oberkommandierender der nordatlantischen Streitkräfte in Paris bleiben werde. Auf alle Fälle stehe fest, daß er nicht für immer auf diesem Posten bleiben werde.

Auch Saar-Soldaten?

Eine französische Stelle in Saarbrücken hat dieser Tage die Frage an die Saarregierung gerichtet, wie sie sich zu einer Beteiligung an der Verteidigungsarmee des Atlantikkpaks stelle. Bisher bestand für die Saarländer keine Verpflichtung hinsichtlich der französischen Wehrgesetzgebung, wie dies verschiedentlich behauptet wurde. Die Antwort der Saar auf die Anfrage steht noch aus. In Saarbrückener Regierungskreisen wird diese Angelegenheit als sehr „heikel“ bezeichnet. Frankreich wünscht wahrscheinlich eine Erklärung des Saarlandes, daß die französische Gesetzgebung für diesen Bereich mit für die Saar gelten solle. Um jedoch nicht Mißfallen in der Bundesrepublik hervorzurufen, wird erwogen, ob nicht im Falle einer Zustimmung „unabhängige“ Saar-Soldaten in kleineren Einheiten aufgestellt und ausgebildet werden sollen.

Das Fest der Zuversicht

Von Dr. Hermann Reischle

Es wäre vom Standpunkt des wirtschaftlichen Chronisten mancherlei zum Weihnachtsfest zu sagen. Man könnte sogar feststellen, daß er im Wandel der Zeiten allmählich mehr für weihnachtliche Betrachtungen zuständig geworden ist als sein Kollege vom kulturellen Teil der Zeitung. Denn das, was sich in den Geschäftsstraßen unserer großen und kleinen Städte, auf den sogenannten Weihnachtsmärkten usw. seit Beginn des Monats Dezember ereignet, hat mit weihnachtlicher Vorfreude und dem Zauber der Vorweihnacht unserer Kindertage wenig mehr zu tun. Merkur, der Gott des Geschäfts, regiert die Stunde, und unsere Kinder haben heute die vorweihnachtliche Spannung im Trübel des an ihnen vorbeiziehenden Weihnachtsgeschäfts bereits abregiert. Wir alle mögen dies bedauern, aber zurückdrehen läßt sich das Rad dieser Entwicklung kaum mehr. Trösten wir uns also mit dem Gedanken, daß dieser Geschäfts-trübel um uns herum Hunderttausenden und Millionen fleißiger Werktätiger, die Monate vorher für dieses Weihnachtsgeschäft gearbeitet haben, den verdienten Lohn für ihre Arbeit einbringt. Und in diesem Jahr — wenn nicht alle Zeichen trügen — sogar einen recht guten Lohn!

Sieben Jahre ist es nun her seit jenem ersten Weihnachten nach dem furchtbaren Zusammenbruch 1945. Jenes Weihnachten war, wirtschaftlich gesehen, gekennzeichnet dadurch, daß wir viel Geld und keine Ware besaßen. Denn dem kümmerlichen Bißchen an Produktion, das aus unseren zusammengebombten Fabriken und schlecht bestellten Äckern floß, stand ein Berg von Reichmarkscheinen gegenüber, der den Kaufwert unserer Währung dezimierte. Karte und Bezugschein regierten die Warenverteilung und ein neues Zauberwort begann seinen Aufstieg: die Kompensation. Es gehörte damals ein beinahe unverantwortlicher Optimismus dazu, wenn wir im Kreise der Kameraden im Kriegsgefangenenlager trotz aller der Überzeugung Ausdruck gaben, in weiteren sieben Jahren werde alles wieder ganz anders aussehen. Nun: schon in der biblischen Geschichte, finden wir ja das Beispiel von den sieben mageren und den sieben fetten Jahren als ein Gleichnis der stetigen Wandlung, wie sie für den Lebensablauf des Einzelnen wie des ganzen Volkes gilt.

Zunächst war wirtschaftlich bis zum Jahre 1948 von Wandlung wenig zu spüren. Aber das Weihnachtsfest des Jahres 1948 stand dann doch im Zeichen des anhebenden „Wirtschaftswunders“. Plötzlich war, von den Wissenschaftlern seit Tag und Jahr sorgfältig gebortet und damit der Abwertung durch den Währungschnitt entzogen, auf dem Weihnachtsmarkt „alles da“, was sich Magen und Herz in langen Mangeljahren erträumt hatten. Nur: leider hatten wir, d. h. ich und Du und die ganze große Masse der Nichtthor, jetzt ebenso plötzlich kein Geld, um die verlockenden Waren dafür einzutauschen!

Aber immerhin: mit dem Weihnachten 1948 fing die Wandlung innerhalb des Siebenjahresrhythmus an, sichtbar zu werden. Das neue gute Geld, unsere D-Mark, und der nicht zu erschlagende Optimismus und Arbeitsfleiß unseres Volkes, begannen das zu schaffen, was die Welt nun schon zum zweiten Male innerhalb einer Generation das deutsche „Wirtschaftswunder“ zu nennen pflegt. Dogmatiker meinen, unsere derzeitige Wirtschaftsform habe dies Wunder bewirkt. Sie irren sich grundlegend: ohne gutes Geld und ohne den Fleiß unseres Volkes hätte es keine noch so patente Wirtschaftsform geschafft.

Nun schließt sich mit dem Weihnachtsfest 1951 der Kreis der ersten sieben Jahre nach dem Zusammenbruch 1945. Waren es die sieben mageren Jahre des biblischen Gleichnisses und werden nun „zwangsläufig“ die sieben fetten folgen? Keiner von uns weiß es! Eines aber wird man als Kennzeichen dieses Weihnachten 1951 vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus feststellen können: in diesem Jahre haben wir einen Überfluß an Waren aller Art auf den Märkten und an Geld scheint es breiten Massen unseres Volkes auch nicht zu mangeln. Mögen die, welche es dazu haben, deshalb zum Fest auch derer nicht vergessen, die es nicht haben, und möge ein breiter Strom von Spendenpaketen insbesondere in die Gefangenenlager und in die Ostzone hinübergehen! Solche christliche Verantwortung der Tat könnte vieles an dem Zerrbild der Einkommenschichtung in unserem Lande ausgleichen. Denn wo die Möglichkeiten einer Wirtschaftsreform versagen, beginnen die des guten Herzens und der tätigen Liebe. Diese Wunder wirkende Erkenntnis wünschen wir uns zum Weihnachtsfest 1951 nebst einem Sack voll frühlicher Zuversicht für die nun anhebenden weiteren sieben Jahre unserer Geschichte.

Canaris brauchte die Schweiz
Uhrfedern und Diamanten im Diplomatengepäck

München (UP). Vor der Hauptprüfungskammer München erklärte im Verfahren gegen Graf Soltikow, der frühere Hauptmann der deutschen Abwehr, Dr. Wilhelm Grosse, der offene Konflikt zwischen Deutschland und der Schweiz sei 1940 „auf des Messers Schneide gestanden“.

Nachdem Deutschland jedoch die Luftschlacht gegen England verloren hatte, habe man den Plan, in die Schweiz einzumarschieren, fallen gelassen. Erst 1943 seien diese Pläne wieder in den Vordergrund gerückt.

Dr. Grosse behauptete, der „Alemannische Arbeitskreis“ in Stuttgart unter der Führung von Botschaftsrat von Birba habe die Aufgabe gehabt, zusammen mit der in der Schweiz damals existierenden „Frontbewegung“ das Land von innen auszuhöhlen und es „heim ins Reich“ zu führen.

US-Flieger kommen vor Gericht

Ungarn beschuldigt erneut die USA — Scharfe Kontroverse mit Rumänien

Budapest (UP). Die ungarische Regierung teilte den USA in einer Note formell mit, daß die vier in Ungarn inhaftierten amerikanischen Flieger demnächst vor ein ungarisches Gericht gestellt werden.

Als Begründung für dieses Vorhaben wird angegeben, es sei eine Tatsache, daß die amerikanische Maschine „mit voller Absicht“ das Luftgebiet über der ungarischen Grenze verletzt habe.

Es habe sich um eine Militär-Transportmaschine gehandelt, die Generalstabekarten, Funkgeräte und Fallschirme mit sich geführt habe.

Die rumänische Regierung gab der amerikanischen Gesandtschaft in Bukarest eine amerikanische Note zurück, die von ihr als „unverschämte“ angesehen wird.

Vor dem Rücktritt Montgomerys?

London (UP). Nach inoffiziellen Berichten, die mit großer Beharrlichkeit immer wieder auftauchen, wird Feldmarschall Montgomery seinen Posten als stellvertretender Oberbefehlshaber der nordatlantischen Streitkräfte in nächster Zeit aufgeben, um das Oberkommando der britischen Truppen in Malaya zu übernehmen.

Als möglicher Nachfolger wird der britische General Sir John Cocker genannt. General Eisenhower und sein Stab haben bisher alle Stellungnahmen zu diesen Berichten abgelehnt.

Kritik an US-Hochkommission

Washington (UP). Der demokratische Senator Allen Ellender, der von einer Europareise zurückgekehrt ist, kritisierte auf einer Pressekonferenz die Ausgabenwirtschaft der amerikanischen Behörden, darunter die Errichtung „luxuriöser“ Büro- und Wohngebäude der Hochkommission in Bonn.

UN-Truppen wollen Inseln räumen

Ridgway fordert Besichtigung der Kriegsgefangenenlager - Fortschritte in Pan Mun Jon

Seoul (UP). Die Unterhändler der UN erklärten sich bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Pan Mun Jon bereit, alle koreanischen Inseln nördlich des 38. Breitengrades von den alliierten Truppen räumen zu lassen.

Der Arbeitsausschuß zur Ausarbeitung von Maßnahmen der Waffenstillstandsüberwachung erzielte eine teilweise Einigung. Die Unterhändler beschloßen: 1. Die Streitkräfte beider Parteien haben spätestens 34 Stunden nach Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens die Feindseligkeiten einzustellen.

Inzwischen haben die UN-Unterhändler den Kommunisten in Pan Mun Jon eine Note überreicht, in der festgelegt wird, daß die von den Kommunisten übergebene Kriegsgefangenenliste „voll von widersprechenden Angaben und in ihrer Gesamtheit unzuverlässig“ sei.

General Ridgway hat an den nordkoreanischen Ministerpräsidenten Kim Il Sung und an den Kommandeur der chinesischen Verbände in Nordkorea eine Rundfunkbotschaft gerichtet, in der er darum bat, Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes die Besichtigung der Kriegsgefangenenlager in Nordkorea zu gestatten.

An der Front kam es zu mehreren kleineren Zusammenstößen und örtlichen Kämpfen.

UN-Budget wurde angenommen

Wyschinski fiel wieder durch — Was wird aus der Deutschland-Kommission?

Paris (UP). Die Generalversammlung der UN beendete mit der Annahme des Budgets der Weltorganisation ihre Sitzungen in diesem Jahr. Dieses Budget schließt auf beiden Seiten mit 48 096 780 Dollar ab; 36,9 Prozent der benötigten Geldmittel werden von den USA aufgebracht.

Der Antrag der Sowjetunion, das Hilfsprogramm der USA für Flüchtlinge aus den Ostblockstaaten zu mißbilligen, ist vom Politischen Hauptausschuß der Generalversammlung mit 39 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden.

Die UN-Kommission zur Prüfung der Voraussetzungen für freie Wahlen in ganz

Deutschland werde vermutlich spätestens Anfang Januar, vielleicht jedoch schon während der Weihnachtsfeiertage zusammentreten, erklärte Bürgermeister Reuter nach seiner Rückkehr aus Paris nach Berlin.

„Wir brauchen keine Überprüfungskommission der UN, die auf deutschem Boden feststellen soll, ob gesamtdeutsche Wahlen möglich sind“, erklärte der Oberbürgermeister des Sowjetsektors, Friedrich Ebert, auf einer Kundgebung in Dresden.

Pétain wollte nach Nordafrika

Eine Rechtfertigung des Marschalls — Auszug aus einem Protokoll

Paris (UP). Das Protokoll einer Befragung Marschall Pétains durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß im Jahre 1947 wurde jetzt veröffentlicht.

Frage: Wann etwa faßten Sie die Absicht, um einen Waffenstillstand zu bitten?

Antwort: Als die deutsche „Dampfwalze“ Bordeaux erreicht hatte, ich erinnere mich, daß ich Anfang Juli die Generale zu einer Besprechung zusammenrief und ihnen erklärte, wir würden in eine traurige Situation geraten, wenn wir nicht einen Waffenstillstand abschließen.

Frage: Was halten Sie von denen, die Frankreich verlassen, um den Krieg in den Kolonien weiterzuführen?

Antwort: Ich fürchte Schlimmes, falls der Krieg weiterginge. Den Deutschen wäre dann eine ganze Armee von zwei Millionen Mann in die Hände gefallen.

Frage: Kannte Sie Churchill?

Antwort: Churchill ist ein hervorragender Mann, nicht in seinem Betragen, aber in seinen Entscheidungen. Ich glaube, er hat die Vorgänge im Kriege sehr klar erkannt.

Frage: Warum verließen Sie Frankreich nicht, als die Deutschen das Waffenstillstandsabkommen brachen und die freie Zone besetzten?

Antwort: Da war es zu spät. Außerdem hatte ich es zu meiner Pflicht gemacht, den Franzosen während der Okkupation zu helfen. Dieser Gedanke hatte in mir tiefe Wurzeln geschlagen. Ich glaube, meinem Lande gut gedient zu haben, aber ich hätte Frankreich wahrscheinlich von der anderen Seite ebenso gute Dienste leisten können.

Gibt es ein Geheimnis unter dem Kreaml?

Die Bibliothek Iwans des Schrecklichen - Die Sowjets graben nach verborgenen Schätzen

Moskau (E.B.). Als die Sowjets ihrem Führer und Lehrer Lenin nach seinem Tode auf dem Roten Platz in Moskau ein Mausoleum errichteten, stießen sie während der Bauarbeiten in der Nähe des Senatentores auf einen unterirdischen Gang, der sich in andere Gänge unter dem Kreaml verlor.

Die Entdeckung führte dazu, daß die Sowjets die alten Chroniken der Zaren durchblättern und darauf erfuhren, daß unter der Zitadelle, die im 12. Jahrhundert zum Schutz gegen die Angriffe der Tataren errichtet worden war, ein Netz von Gewölbem, Geheimkammern und Gängen bestehe, in dem sich neben vielen Kostbarkeiten aus Gold und Silber wertvolle Perlen, Gemälde und die berühmte Privatbibliothek Iwans IV. befinden soll.

In einer der Chroniken heißt es, daß der Zar im Jahre 1565 den Rigaer Pastor Johann Weltermann beauftragte, seine Bibliothek abzuschätzen und zu ordnen. Nach dem Urteil des sachkundigen Pastors soll diese Bibliothek, die ein Geschenk des Patriarchen von Konstantinopel an den Vater des Zaren war, einen ungeheuren Wert gehabt haben. U. a. sollen darin erste Abschriften der Werke Ciceros, des Tacitus und des Titus Livius enthalten gewesen sein.

Zunächst wurde mit diesen außerordentlich schwierigen und langwierigen Arbeiten Professor Steletski beauftragt, der sich in erster Linie von den Angaben in den Chroniken leitete.

Und gerade dieses Gutachten macht auch heute den Sowjets Sorgen. Sie möchten sich gerne in den Besitz der wertvollen Bibliothek Iwan des Schrecklichen setzen und die verborgenen Gold- und Silberschätze heben. Aber dazu wären umfangreiche Grabungen notwendig. Seit etwa 20 Jahren sind die Sowjets bemüht, die Reichtümer zu finden, von denen die Chroniken und der Volksmund sprechen.

In einem Pariser Bericht, der den Sowjets bekannt wurde, wird gesagt, daß Napoleon, der bekanntlich 1812 Moskau besetzte, ebenfalls die Geheimkammern des Kreaml durchsuchen ließ, weil er glaubte, darin die Schätze der russischen Zaren zu finden, die er im Schloß nicht entdecken konnte.

Interessant ist ein Bericht aus dem Jahre 1724. Darin heißt es, daß damals der Glöckner der Johanniskirche im Kreaml den zuständigen Behörden über eine geheime Schatzkammer berichtete, in der viele Kisten mit Schmuckstücken verborgen seien.

Aber dazu wären umfangreiche Grabungen notwendig. Seit etwa 20 Jahren sind die Sowjets bemüht, die Reichtümer zu finden, von denen die Chroniken und der Volksmund sprechen. Aber bisher hatten sie keinen Erfolg. Einige Gelehrte behaupten freilich, daß die Schätze gar nicht mehr existieren, und daß die Bibliothek während des großen Brandes, der im Jahre 1571 Moskau heimgesuchte — die Stadt erlebte drei Riesenbrände — vernichtet wurde. Demgegenüber erklären andere, daß die Kreamlwerte noch vorhanden sein müssen, da sie tief unter der Zarenburg ruhen. Und so geht also die Suche nach den geheimnisvollen Schätzen weiter. F. M.

Höhere Getreide-Ablieferungen

Preissteigerungen nicht gerechtfertigt

Die westdeutsche Landwirtschaft hat von den zu erwartenden 2,7 Millionen Tonnen Brotpreis aus der diesjährigen Ernte bereits 1,4 Millionen Tonnen bis zum 31. Oktober dieses Jahres abgeliefert.

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten stellt hierzu fest, daß diese Menge um 350 000 bis 400 000 Tonnen über der entsprechenden Vergleichszahl des Vorjahres liege.

Aufwertung der Vertriebenenguthaben

Entwurf des Lastenausgleich-Ausschusses

Der Lastenausgleich-Ausschuß des Bundeslages hat den Entwurf der gesetzlichen Bestimmungen für eine Aufwertung der Vertriebenenguthaben mit 6,3 Prozent im Entwurf fertiggestellt.

Die aufgewerteten Beträge sollen nach dem Entwurf des Ausschusses ab 1. Januar 1952 verzinset werden. Innerhalb der nächsten fünf Jahre soll jährlich ein Fünftel der aufgewerteten Sparguthaben freigegeben werden.

Rundfunkprogramm unter der Lupe

„Stunde des Chorgesangs“ wurde kritisiert

Im Rundfunkrat des Süddeutschen Rundfunks, der vor wenigen Tagen in Stuttgart zusammentrat, übten einige Teilnehmer Kritik am Sendungsprogramm des Süddeutschen Rundfunks.

Der Leiter des Musikausschusses, Unkel, beanstandete vor allem das Niveau der Sonntagsschmittagsendung „Stunde des Chorgesangs“.

VOM TAGE

Erich Ollenhauer, der zweite Vorsitzende der SPD, wird am 3. Januar nach Stockholm fahren, um mit schwedischen Sozialdemokraten das Problem gesamtdeutscher Wahlen zu besprechen.

Rudolf von Scholz, der Intendant des Bayerischen Rundfunks, erhielt zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum ein persönliches Glückwunschsreiben des Bundeskanzlers.

Professor Dr. Hugo Land wurde von Kardinal von Faulhaber zum Abt der Benediktiner-Abtei St. Bonifat in München geweiht.

Der Sowjetzonen-Präsident Pieck ernannte Egon Dreger zum Gesandten der DDR in Bulgarien.

Der Vatikan-Sender überträgt am Heiligen Abend um 23.45 Uhr eine vom Papst geleitete Mitternachtsmesse und am 24. Dezember um 10.30 Uhr eine Weihnachtsbotschaft des Hl. Vaters.

Indiens Ministerpräsident Nehru war am 22. Geburtstag Stalins der erste ausländische Gratulant.

John Foster Dulles hat es abgelehnt, einem Angebot des Präsidenten Truman nachzukommen und als amerikanischer Botschafter nach Tokio zu gehen.

Die französische Luftfahrtgesellschaft „Air France“ mußte infolge eines Streiks des fliegenden Personals ihren Verkehr einstellen.

Miß Daphne Malins, Sekretärin der britischen Botschaft in Prag, die in angeblicher Ausführung eines Spionageauftrags von tschechischen Polizisten angehalten wurde, ist von Prag nach London zurückgekehrt.

Umschau in Karlsruhe

Neues Flüchtlingslager errichtet
 Karlsruhe (swk). Draußen auf der Gottesau, einem historischen Boden entstanden in aller Stille, aber auch mit der gebotenen Schnelligkeit rund ein halbes Dutzend Neubauten für ein Flüchtlingsdurchgangslager. Die einzelnen Blocks sind bereits fertiggestellt, zweckmäßig und nach besten Vermögen nach Lage der Dinge eingerichtet. Sie bieten saubere Unterkünfte für fast 1000 Personen.

Revision von Milan Harvan verworfen
 Karlsruhe (Iwb). Der Erste Strafsenat des Bundesgerichtshofes hat die Revision des im Juli dieses Jahres vom Schwurgericht Stuttgart wegen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten 20jährigen Tschechen Milan Harvan als unbegründet verworfen. Harvan hatte im Februar dieses Jahres eine Stuttgarter Hausangestellte, die er kurz zuvor bei einer Faschingsveranstaltung kennengelernt hatte, auf dem Heimweg im Kellergebäude eines Ruinengrundstückes ermordet. Der Verurteilte hatte seine Revision darauf gestützt, daß er den Mord nicht vorsätzlich begangen habe. Er habe vielmehr in einer plötzlichen Wut und Enttäuschung über die ablehnende Haltung des Mädchens gehandelt.

Veit Harlan vor Verfassungsgericht
 Karlsruhe (swk/apd). Im Namen des Senatsdirektors Erich Lüth hat Rechtsanwalt Dr. Arndt-Bonn beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerden gegen das in Sachen Dornick-Film-Produktion gegen Lüth am 22. November 1951 ergangene Urteil des Landgerichts Hamburg erhoben. Das Landgericht hatte Lüth verurteilt, seine Boykottaktion gegen den Filmregisseur Veit Harlan und dessen Film „Unsterbliche Geliebte“ einzustellen. Die Verfassungsbeschwerde rügt die Verletzung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung nach dem Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik.

Karlsruhe. Die Klage der württemberg-badischen Regierung gegen das Finanzauflagegesetz 1950 wird am 16. Januar 1952 vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts verhandelt. (Iwb)

Aus der badischen Heimat

Vor dem Messer des Metzgers geflüchtet
 Mannheim (Iwb). Eine Kuh raste durch die Mannheimer Innenstadt. Das Tier hatte sich im Schlachthof freigerissen und war geflüchtet. Schließlich brach die Kuh auf einem Ruinengrundstück in einen Keller ein. Die Feuerwehr holte sie von dort wieder heraus und brachte sie in den Schlachthof zurück.

Mannheim. Ein etwa 40 Jahre alter Mann wieder von einem Wagen der Straßenbahn angefahren und schwer verletzt worden. Der Angefallene verstarb kurze Zeit später im Städt. Krankenhaus. (Iwb)

Konstanz. Konstanz hat sein Theater nun wieder in eigene Regie übernommen und Hans Erich Kreibitz als Spielleiter mit der Funktion eines Intendanten verpflichtet. (Iwb)

Stockach. Ein Jäger aus Buchheim im Kreis Stockach konnte dieser Tage in der Donau einen Nutriabiber erlegen. Diese Tiere kommen dort nur sehr selten vor. (Iwb)

Zechbeitrag um „Staatspension“ willen
 Pforzheim (Iwb). Ein 31jähriger Mann stellte sich in Pforzheim der Polizei und bezichtigte sich selbst des Zechbeitrages. Er gab an, in Geldverlegenheit zu sein und den Beitrag begangen zu haben, um im Gefängnis eine Unterkunft zu finden. Die Ermittlungen ergaben, daß er in einer Gaststätte eine Zeche von 4,60 DM schuldig geblieben war und sich mit einer Ausrede entziehen wollte.

Wird Adenauer Wohleb unterstützen

Konferenz in Bonn - „Badische CDU“ satzungswidrig

Freiburg (ZSH). Wie der „Christlich-Demokratische Pressedienst“ meldet, soll Bundeskanzler Adenauer nach einer längeren Unterredung mit dem badischen Staatspräsidenten Wohleb diesem eine Unterstützung der von Wohleb inspirierten Novelle zum Neugliederungsgesetz zugesagt haben.

Die Novelle, die von etwa 50 Bundestagsabgeordneten eingebracht wurde, sieht eine Aufschubung der Verwirklichung des Südweststaates bis zur allgemeinen Länderreform vor. Bei der Besprechung, an der auch die CDU-Abgeordneten Dr. Kopf, Anton Hilbert, Dr. Krone und Oskar Wacker teilgenommen haben sollen, habe sich der Bundeskanzler über die politische Entwicklung in Südbaden beunruhigt gezeigt. Wie Staatspräsident Wohleb in Freiburg auf Anfrage erklärte, hat Dr. Adenauer auf den Hinweis Wohlebs, daß gegebenenfalls eine badische Heimatpartei gegründet werde und daß das südbadische Zentrum nicht geringe Chancen in Südbaden hätte, geantwortet, daß er sich als Vorsitzender der Gesamt-CDU vor den Bundesausschüssen der CDU für die Novelle einsetzen werde. Die Information wurde in dieser Form lediglich von Staatspräsident Wohleb selbst verbreitet.

Führende Kreise der nord- und südwürttembergischen CDU erklärten dagegen, der Bundeskanzler wolle sich lediglich dafür einsetzen, daß der badische Antrag vom Bundesausschuß der CDU behandelt werde. Auch im Bundeskanzleramt in Bonn hält man es für unwahrscheinlich, daß sich Dr. Adenauer in der von Wohleb geäußerten Form festgelegt hat. Man befürchtet, daß die Haltung Wohlebs zu Krisenerscheinungen innerhalb der CDU führen wird. Wie verlautet, soll in naher Zukunft auch eine Besprechung des Bundeskanzlers mit dem Staats-

präsidenten von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller, stattfinden.
 Die südbadischen Minister Dr. Eckert und Kirchgässner sowie sechs CDU-Landtagsabgeordnete und sieben Mitglieder des CDU-Landesvorstandes, unter ihnen der Generalsekretär für die Vereinigung von Baden und Württemberg, Albert Maria Lehr, haben in einem Schreiben an den Landesvorstand der CDU darauf hingewiesen, daß die vor wenigen Tagen beschlossene Umbenennung der bisherigen „CDU-Baden“ in „Badische CDU“ und eine damit möglicherweise zusammenhängende Änderung der Parteilinie satzungswidrig seien. Die Unterzeichner des Briefes betonen, daß zu einem solchen Schritt nur ein Landesparteitag befugt sei. Dort müßten drei Viertel der stimmberechtigten Mitglieder einen solchen Beschluß fassen, ehe er in Kraft treten könne.

„Zentrumspartei unnötig“
 Die Diözesanleitung des Katholischen Männerwerks der Erzdiözese Freiburg hat, wie der CND erfährt, in einem Rundschreiben an führende Geistliche und Laien des Männerwerkes die Notwendigkeit der Gründung einer badischen Zentrumspartei bestritten. Die Stellungnahme gründet sich auf eine Rundfrage bei Geistlichen und Laien, die eine einmütige Ablehnung jeglicher Partei-Neugründungen ergab. In der Erklärung heißt es, der Südweststaat sei durch das Zusammenwirken von Bundestag, Bundesverfassungsgericht und abstimmdem Volk zustande gekommen. Obwohl das Männerwerk ihn nicht herbeigeführt habe, sei man nüchtern genug, Tatsachen als solche anzuerkennen. Das Gebot der Stunde heiße: „Keine Affekthandlungen, sondern versuchen, in gemeinsamer Überlegung unter den gegebenen Verhältnissen das Bestmögliche für unsere badischen und katholischen Belange herauszuholen.“

Mittelstandsblock auf Landesebene

Landesgruppe Württemberg-Baden gebilligt

Stuttgart (ZSH). Unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Württ.-Bad. Handwerktages, Landesinnungsmeister Seeger, Stuttgart-Bad Cannstatt, stattgefundenen Sitzung des Vorstandes des Württ.-Bad. Handwerktages wurde Handwerkskammerpräsident Sieber-Mannheim zum Präsidenten des Württ.-Bad. Handwerktages wiedergewählt.

Der Bildung des Deutschen Mittelstandsblocks auf überparteilicher Grundlage, welcher ein Faktor des politischen Gleichgewichts werden soll, und als Notwehrmaßnahme von Volksteilen beurteilt werden muß, die in der Gesetzgebung und Verwaltung bisher weitgehend übergegangen und vernachlässigt worden sind, wurde allerseits zugestimmt. Auf Grund eines eingehenden Berichtes von Syndikus Metzger-Stuttgart über die Ergebnisse der mit den Spitzenorganisationen der Mittelstandsblockpartner auf Landesebene (Bauernverband und Landesverband der württembergischen Haus- und Grundbesitzervereine) geführten Verhandlungen, denen die Bildung der Landesgruppe Württemberg-Baden des Deutschen Mittelstandsblocks in Form einer Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Württ.-Bad. Bauernverband, dem Württ.-Bad. Handwerktages und dem Landesverband der württembergischen Haus- und Grundbesitzervereine folgte, wurde die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen einstimmig gutgeheißen und die aufgestellten Richtlinien über die Zusammenarbeit der Mittelstandsblock-Organisationen auf der Landesebene zur Durchsetzung der geistigen Werte und Le-

bensrechte des Mittelstandes angenommen. Die drei den Mittelstandsblock zunächst bildenden Organisationen bzw. Verbände lehnen es ab, eine neue Organisation oder eine politische Partei zu bilden. Ihre Aufgabe sehen sie darin, in wirtschaftspolitischer bzw. berufständischer Hinsicht im Mittelstandsblock eng zusammenzuarbeiten und die bestehenden politischen Parteien sachlich und persönlich stärker zu durchdringen. Der Bildung von Stadt- und Land-Kreisgruppen des Deutschen Mittelstandsblocks wurde zugestimmt.

Zum Zwecke der Koordinierung der wirtschafts- und gewerbepolitischen Tätigkeit auf der Landesebene wurde auf Vorschlag des Landesverbandes der Württ. Gewerbe- und Handelsvereine in den Württ.-Bad. Handwerktages und zu seinem Stellvertreter Martin Botzenhardt, Schlossermeister in Ulm-Langenau, gewählt.

Um die Wahlkreis-Einteilung
 Vorbereitung der Verfassunggebenden Versammlung

Stuttgarter (Iwb/Iws). Der Ständige Ausschuß des württ.-badischen Landtages diskutierte im Beisein von Innenminister Ulrich die Wahlkreis-Einteilung des Landes Württemberg-Baden für die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung des Südweststaates. Das Land wird nach einem Entwurf des Innenministeriums wahrscheinlich aus 44 oder 45 Wahlkreisen bestehen.

Diese Frage ist allerdings noch nicht völlig geklärt. Zunächst werden die Fraktionen und

das Kabinett den Entwurf beraten, bis sich Anfang Januar der Ständige Ausschuß erneut mit der Materie befassen wird.

Die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung wird von den drei südwestdeutschen Ländern gesondert vorgenommen. Gewählt wird nach dem Bundeswahlgesetz, danach werden also 60 Prozent der Abgeordneten in je einem Wahlkreis und 40 Prozent über eine Landesergänzungsliste gewählt werden. Nach den Bestimmungen des 2. Neugliederungsgesetzes stellt das Land Württemberg-Baden von den mindestens 120 Abgeordneten der Verfassunggebenden Versammlung mindestens 73, das Land Baden mindestens 25 und das Land Württemberg-Hohenzollern mindestens 22 Abgeordnete. Der Ministerrat, der sich aus Vertretern aller drei südwestdeutschen Länder zusammensetzt, wird voraussichtlich am 27. Dezember zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Er ist nach dem Gesetz ermächtigt, die für die Wahl erforderlichen Durchführungsverordnungen zu erlassen.

DG/BHE fordert Suspendierung Kletts
 Antrag zum Fall Bürkle - Scharfer Angriff gegen Innenminister Ulrich

Stuttgarter (Iwb). Die Landtagsfraktion der DG/BHE fordert in einem Antrag an den Landtag die Staatsregierung auf, eine Reihe von Disziplinar-Maßnahmen gegen den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Städtischen Spar- und Girokasse sowie gegen die übrigen für die „satzungswidrige Behandlung“ des Bürkle-Kredits verantwortlichen Mitglieder des Verwaltungsrates zu veranlassen. Die Staatsregierung solle ferner dahin wirken, daß auf Grund der eingetretenen Verluste Ersatzansprüche geltend gemacht werden.

Ferner verlangt die DG/BHE die Suspendierung von Oberbürgermeister Dr. Klett und Bürgermeister Hirn von ihren städtischen Ämtern. Die DG/BHE schlägt in ihrem Antrag vor, die Sparkassenaufsicht im Innenministerium mit der allgemeinen Bankaufsicht des Finanzministeriums zu vereinigen und verlangt schließliche Gesetzesänderungen, die sich auf Grund der beim Bürkle-Fall gemachten Erfahrungen als notwendig oder zweckmäßig erwiesen hätten.

Der Fraktionsvorsitzende der DG/BHE, Dr. Mattes, beschuldigte in einem 13 Seiten umfassenden Exposé den Oberbürgermeister von Stuttgart, Dr. Klett, als Vorsitzenden des Verwaltungsrates, den Verwaltungsrat der Girokasse selbst und das Innenministerium, sich im Kreditfall Bürkle zu einem „Konsortium des Vertuschens“ zusammengedreht zu haben. Innenminister Ulrich trage die volle Verantwortung für das Versagen der Staatsaufsicht im Bürklefall, denn er habe sich um eine Angelegenheit von einmaliger Bedeutung nicht ausreichend gekümmert und damit die Sorgfaltspflicht in der Führung der Geschäfte des Innenministeriums verletzt.

Klett bleibt ungerührt
 Der Oberbürgermeister von Stuttgart, Dr. Arnulf Klett, hat es abgelehnt, zu den von der DG/BHE in ihrem Antrag an den Landtag erhobenen Beschuldigungen und Forderungen im einzelnen Stellung zu nehmen. Dr. Klett sagte, Bürgermeister Hirn und er überließen es der Stuttgarter Bürgerschaft, einen Antrag zu beurteilen, der nach Inhalt, Begründung, Motiv, Zweck und Wahl des Zeitpunktes nur allzu durchsichtig sei.

Gritzner-Kayser AG. zahlt Dividende

Auf der Hauptversammlung der Gritzner-Kayser AG., Karlsruhe-Durlach, wurde der Geschäftsbericht für das Jahr 1950 vorgelegt und die Bilanz des gleichen Zeitabschnittes genehmigt. Der Gesamtumsatz zeigt eine erhebliche Steigerung und Ausweitung des Exportgeschäftes. Besonders günstig war im Geschäftsjahr 1950 das Nähmaschinen-geschäft. Zum Ausweis kam ein Reingewinn von 410.216,76 DM, von dem auf das Aktienkapital von 3.075.000 DM 6 Prozent Dividende gezahlt werden soll.

Liebe in MEXIKO

VON HANS ROSE

Copyright by Bethold-Pressedienst, Fallberg durch Verlag v. Gröber & Görg, Wiesbaden

12. Fortsetzung

„Per bacco! Schießerei!“
 „Wer war das?“
 Fernando wollte aufstehen.
 „Bleib!“ raunte eine Stimme dicht an sein Ohr.
 „Lou?“ fragte er in das Dunkel.
 „Ja,“ gab sie flüsternd zur Antwort, „Bist du getroffen?“
 „Ich glaub' schon!“
 „Schlimm?“
 „Nicht besonders. Am Arm.“
 „Warte. Ich will sehen, ob alle weg sind.“
 Er fühlte, daß sie den Raum verließ. Er hörte Schritte auf dem Hof. Dann wurde es still. Sie kam zurück.
 „Sie sind dem anderen nach.“
 „Was das der, der dir den Zettel gab?“
 „Ja. Ich sagte ihm, daß die Polizisten hier herumlungerten. Aber er wollte dich nur einen Augenblick sprechen. Ich wollte nicht. Da sagte er, ich brauchte keine Angst zu haben. Das gestern Abend wäre nur ein Spaß gewesen. Du wartest drin auf ihn. Ich sollte schnell machen. Die Polizei wäre hinter ihm her. Dann gab er mir den Zettel.“
 „Ich danke dir.“
 „Quatsch! Kannst du aufstehen?“
 Er erhob sich schwerfällig.
 „Komm mit,“ sagte sie und zog ihn am Ärmel.
 Sie gingen durch den Pferdestall. Die Tiere wurden unruhig.
 „Zieh den Kopf ein. Die Tür ist niedrig,“ warnte sie ihn.

Trotzdem er sich bückte, stieß er gegen einen Balken. Dann gingen sie einen Gang entlang. Am Ende schimmerte Licht durch eine Türspalte. Vor der Tür ließ sie ihn warten und ging allein in den Raum. Er sah, daß es die Küche war. Dann hörte er, wie sie die Vorhänge herunterließ.
 „Komm rein,“ rief sie gedämpft und machte die Tür auf.
 Er trat in die Küche. Durch die andere Tür hörte er Stimmengewirr, und dann begann auch wieder das Grammophon erbärmlich zu jammern.

„Du blutest ja!“ Lou wies auf seinen Arm. Am Oberarm war der Stoff des Ärmels zerfetzt. Sie zog ihm den Rock aus und kramte seinen Hemdsärmel auf.
 „Mußt du nicht bedienen?“ fragte Fernando und deutete mit dem Kopf nach der Gaststube. Er mußte die Zähne gehörig zusammenbeißen. Die Wunde schrittete erbärmlich.
 „Das macht mein Alter,“ erwiderte Lou.
 „Ist er zurückgekommen?“ fragte Fernando.
 „Er war den ganzen Abend da. Aber er geht nicht immer in die Kneipe, wenn er da ist.“
 „Weiß er, daß ich hier bin?“
 Sie nickte schweigend mit dem Kopf und wusch die Wundränder sauber. Dann verschmierte sie gelbe Salbe auf einen Leinwandfetzen und legte ihn behutsam auf die Wunde. Es war nur ein leichter Streifschuß; aber gerade deswegen schmerzte die Wunde besonders.

„Weiß dein Alter, was da draußen passiert ist?“
 „Natürlich!“
 „Wird er...?“
 „Pa verpfeift dich nicht.“
 Sie hatte seinen Arm verbunden. Nun nahm sie sein Hemd und wusch die durchblutete Ärmelstelle mit lauwarmem Wasser und Seife. Danach besserte sie den Rockärmel aus.
 „Es soll keiner was merken“, sagte sie und lachte ihm zu. „Als du umfielst, dachte ich, es hätte dich richtig erwischt.“
 „Woher kamst du so plötzlich?“
 „Ich traute dem anderen, der dich raus-

rufen ließ, nicht recht. Darum lief ich rasch durch den Pferdestall auf den Hof. Da sah ich dich mit dem anderen stehen und flüstern. Und plötzlich rief euch einer aus dem Dunkeln an. Ich wollte gleich, was los war. Den ganzen Abend waren Polizisten im Ort herumlungert. Da krachte auch schon der erste Schuß. Sie hatten wohl auf den anderen gezielt, der davonlief. Dich konnte man kaum sehen, weil du dicht an der Mauer standest.“

Sie blöckte ihn aufmerksam an. Dann fragte sie plötzlich:
 „Sag' mal, bist du der aus Mexiko-City, hinter dem sie her sind?“
 Fernando merkte, daß es keinen Zweck hatte, ihr etwas vorzuschwindeln, darum sagte er einfach:
 „Ja!“
 „Dann dürfen sie dich nicht kriegen!“
 In diesem Augenblick hörten sie, wie einige Männer in die Schenke traten. Eine Stimme fragte:
 „Wo ist Perrez?“
 Fernando erkannte den Sprecher am Tonfall. Es war Rodrigo.
 „Ich weiß nicht“, hörte er Felipe antworten.
 „Er ist doch hier gewesen?“ fragte Rodrigo wieder.

„Berzhit hat er noch nicht. Demnach wird er auch noch hier sein“, brummte Felipe.
 „Wo steckt er?“
 „Quen sabe! Vielleicht bei dem Mädchen, Senor.“
 Lou warf Fernando den Rock über und zog ihn mit sich.
 „Komm!“ flüsterte sie.
 Es ging eine enge Treppe hinauf. Oben war es dunkel. Lou öffnete eine Tür, zog ihn in ein Zimmer und knipste das Licht an. „Rasch!“ sagte sie hastig. „Sie suchen dich!“
 Sie strichte Kleid und Schuhe ab, brachte das Bett in Unordnung und warf sich hinein. Auf der Treppe knarrten Schritte. Fernando schleuderte den Rock über den Stuhl, knipste das Licht aus und legte sich zu ihr. Schritte tappten vor der Tür. Die Tür wurde aufgestoßen. Der Schein einer Taschenlampe glitt über die Wand, blieb auf dem

Lichtschalter haften. Eine Hand schaltete das Licht ein. Rodrigo stand in der Tür. Er stieß einen Laut der Überraschung aus. Fernando richtete sich im Bett auf.
 „Geh! Sie zum Teufel!“ brummte er mürrisch.

X.

Rodrigo hatte Leone den ganzen Tag beobachtet lassen. Er argwöhnte, daß dies der Mann war, der mit Moravo in Verbindung stand zumal sich Leones Genossen am Morgen nach Mexiko-City aufgemacht hatten. Zu seinem Bedauern war er nicht dabei gewesen, als Leone und Moravo vor der Schenke zusammentrafen; denn der Kommissar hatte sein Augenmerk auf die Umgebung der Hacienda gelenkt. Der Lärm und die Schießerei lockten ihn in den Ort zurück. Als er vor der Schenke eintraf, war Leone schon gedohen. Den anderen Mann, mit dem Leone gesprochen hatte, konnte keiner seiner Leute erkennen. Sie hatten aber beobachtet, daß Fernando vor dem Zwischenfall in der Kneipe gegessen hatte. Später war er verschwunden.

Rodrigo hatte bemerkt, daß außer Fernando niemand die Hacienda verlassen hatte. Wenn Fernando also der Unbekannte war, mit dem Leone gesprochen hatte, so mußte er aller Wahrscheinlichkeit nach gleichfalls geflüchtet sein; denn später war er nicht mehr in die Schenke zurückgekehrt. Weil Lou, die Tochter des Wirtes, ebenfalls nicht in der Schenke war, blieb noch die Vermutung, daß Fernando gar nichts mit Leone zu tun hatte, zumal er ja mit diesem am vergangenen Abend wegen des Mädchens hitzig zusammengestritten war, sondern sich irgendwo mit Lou herumtrieb. Darüber wollte sich Rodrigo Gewißheit verschaffen. Hätte er Fernando jetzt nicht mit Lou getroffen, so wäre er in seinem Verdacht gegen den Beiliebhaber bestärkt worden.

„Lassen Sie sich nicht stören“, murmelte er und schloß die Tür wieder.

(Fortsetzung folgt)

AUS UNSERER HEIMAT

Der Engel auf der Straße

Von Wilhelm Schussen

Im Abenddämmer bin ich heimgegangen,
Inwendig alt und müd und klein,
Ein erstes Sternlein zögerte zu prangen,
Und auch der Halbmond sparte seinen Schein.

Die Menschen hasteten, Vehikel fuhren
Und machten Lärm mehr als mir lieb
Und stützten hin und her wie Traumleimuren
Und Alpegeburten vor neuem Kriegsbetrieb.

Da ging ein Mädchen still an mir vorüber
Und sang versunken vor sich hin
Ein Liedchen über allen Lärm hinüber
Mit Weihnachtsversen halb im Himmel drin.

Durch allen Zwiespalt, Dunst und Schummer
Sang süß das Kind und wie ein Engel rein,
Mir war, als zöge nun trotz Spuk und Kummer
Der Friede doch noch auf der Erde ein.

Weihnachtolläuten seit 650 Jahren

Das Weihnachtsfest wird im Kirchspiel Zwerenberg im Schwarzwald von einigen besonders alten Glocken eingeläutet. Die älteste Glocke hat Martinismus; sie ist um 1300 gegossen worden. Die Glocke von Hornberg hat nahezu das gleiche Alter. Die große Glocke in Zwerenberg selbst wurde 1494 von dem Stuttgarter Meister Lachenmann gegossen. Die Aichhaldler alte Glocke wird um die gleiche Zeit angesetzt, und das Gaugenwalder Glocklein wurde um 1500 gegossen.

Die Hörnernickel und Die Schimmelreiter

Zweitausendjährige Überlieferung im winterlichen Odenwald

Bis vor wenigen Jahrzehnten war der innere Odenwald noch recht wenig dem Verkehr erschlossen, und heute noch gibt es dort Dörfer, die weitab jeder Eisenbahn oder größeren Landstraße ihr stilles Dasein führen, unberührt von der Hetzjagd unserer Tage. Daß sich in solchen abgelegenen Ortschaften manche Sitten aus alter Zeit erhalten konnten, ist unter diesen Umständen begreiflich. So hat die zurückhaltende Art der Odenwälder auch in den vom Fremdenverkehr berührten Dörfern zumindest dann das überkommene Brauchtum bewahrt, wenn in den ruhigen Wintermonaten die Leute wieder mehr unter sich sind und nicht befürchten müssen, daß verständnislose Gäste aus der Großstadt sich über „das altmodische Zeug“ lustig machen.

Zu den am weitesten verbreiteten Bräuchen gehört das Herumtragen oder Aufstecken leuchtender Rübenköpfe, die man als Vorboten des Winters im Odenwald, an der Bergstraße und im Neckartal, ja selbst noch in den stadtnahen Orten der Ebene sieht. Große Kürbisse, in seltenen Fällen auch Kürbisse, werden ausgehöhlt und gewöhnlich durch Einschnitten von Löchern mit einem Gesicht versehen. Die mit einer Kerze erleuchteten Köpfe werden auf Stangen getragen, oft auch von Jugendlichen an die Fenster gehalten, um die Leute in den Stuben zu erschrecken. In früherer Zeit hat man auch Sterne, Kreuze und andere Öffnungen eingeschnitten, vielleicht sollten die seltsamen Laternen ursprünglich trübende Lichtspender darstellen. Wo sie im Freien auf Pfähle, Gartenstämme oder Büsche gesetzt werden, mögen sie wohl unheimlich

genug wirken, besonders an Kreuzwegen. Auch kommt es vor, daß junge Burschen sich ein weißes Tuch überwerfen und die leuchtende Rübe über ihren Kopf halten, um als Gespenst durch den Ort zu wandeln und die Kinder zu erschrecken.

Wenn Hörner aus Holz oder aus Gelbrüben daraufgesetzt werden, zeigt sich der Übergang zum Hörnernickel, eine der bekanntesten Gestalten der Weihnachtszüge. Man braucht dazu eine große Schüttel- oder Ofengabel, über die ein Leintuch gebunden wird, so daß die eingebundenen Zinken Hörner oder Ohren darstellen. Der mit Ruß aufgemalte Kopf wird noch mit einer aus einem Stofflappen bestehenden Zunge versehen. Ein Bursche trägt die ganze Figur und stößt bei jedem Schritt den Gabelstock auf. Abarten des Hörnerbocks kommen im ganzen Odenwald und in den Nachbargebieten vor, zwischen Bergstraße und Weschnittal wird die Gestalt auch Bohlbock genannt.

In verschiedenen Gegenden tritt noch der Weihnachtsesel auf, der in seiner äußeren Erscheinung un schwer als der altgermanische Schimmelreiter festgestellt werden kann. Er spielt seine Rolle von Nikolaustag bis in den Frühling und bedeutet Fruchtbarkeit und Segen des Jahres. Später wurde, beeinflusst von der christlichen Legende, der Weihnachtsesel daraus vereinzelt wird er von Mädchen ausgeführt, manchmal in Begleitung der Sternböden. Für den Nikolaus gibt es etwa fünfzig Namen; aber die „Nickel“ sind teilweise älter als der christliche Nikolaus, Nickelbock und

Hörnernickel sind als Symbole für das neue Jahr zu betrachten. Ursprünglich sind sie ebenso wie der Strohhalm mit dem von innen erleuchteten Kopf, der ausgehöhlten Rübe, keine Schreckgestalten.

Die noch bestehenden Winterbräuche sind größtenteils Jahresanfangsfeiern, und viele von ihnen beruhen schon auf dem Andreasstag (30. November). Nach altem Brauch pflegt man an diesem Tag die Zukunftsforschung, die dann auf den Silvesterabend übernommen wurde. Im Volksbrauch blieben die alten Jahresanfänge nebenher bestehen. Eine etwa 2000jährige Überlieferung liegt den Festen zu Grunde, mit denen heute noch die Winter-sonnenwend gefeiert wird.

Liselotte erzählt vom Tannenbaum

Die Herzogin Elisabeth Charlotte von der Pfalz gilt uns als Sinnbild echter Heilmattreue. Wehmütig gedachte sie in der Ferne ihrer Jugendjahre in Deutschland und hielt in ihrer französischen Umgebung den Erinnerungen aus der Kinderzeit allezeit die Treue.

Liselotte, die große Brietschreiberin, ist vielleicht die erste, die von der Sitte des lichtergeschmückten Weihnachtsbaumes erzählt. Am 11. Dezember 1708 schreibt sie an ihre Tochter, die Herzogin von Lothringen, einen Brief, in dem ihre Gedanken wieder einmal in die Kindheit zurückschweifen: „Ich weiß nicht, ob Ihr ein Spiel habt, das noch jetzt in Deutschland üblich ist; man nennt es das „Christkind“. Da richtete man Tische wie Altäre her und stattet sie für jedes Kind mit allerlei Dingen aus wie: neue Kleider, Süßzeug, Puppen, Zuckerwerk und alles mögliche. Auf diese Tische stellt man Buchsbäume und befestigt an jedem Zweig ein Kerchen. Das sieht allerliebste aus, und ich möchte es noch heutzutag gern sehen. Ich erinnere mich, wie man mir in Hannover das Christkind zum letzten Male kommen ließ.“

Als Liselotte bei ihrer Tante Sophie in Hannover, wo sie vier glückliche Jahre verbrachte, das Christkind zum letztenmal feierte, da war sie zehn Jahre alt, und wehmütig gedachte sie in diesem und auch noch in anderen Briefen des Lichterbaums, den sie so gern einmal wieder leuchten sehen wollte.

Freilich gab es damals um 1660 zu Hannover noch keine Tannen, sondern es war der Buchsbaum, der mit Kerzen als Weihnachtsbaum geschmückt wurde. Dieser immergrüne Baum war auch in der Pfalz vor der Tanne und Fichte, zumal in der Gegend von Landau, in jedem Garten zu finden; dort hat sich die Bezeichnung Buchsbaum (mundartlich Boßbaum) für den Weihnachtsbaum bis in unsere Tage noch erhalten. Aber auch auf dem Heidelberger Schloß scheint er so schon verwendet worden zu sein. Seit diesem einzelstehenden Zeugnis der Pfalzgräfin verging noch fast ein Jahrhundert, bis wir wieder vom Lichterbaum zu Weihnachten hören; erst um das Jahr 1800 ist der lichtergeschmückte Tannenbaum hierrulande allgemeinere Sitte geworden.

Ein Dorf feiert 1000jähriges Bestehen

Die an der Peripherie des Landkreises Müllheim gelegene, wenige hundert Einwohner zählende Gemeinde Liel kam 1952 ihr tausendjähriges Bestehen begehen. Liel, das durch seine Thermalquelle bekannt geworden ist, gehört zu den ältesten Siedlungen Südbadens.

Guter Hoffnung begab er sich hierauf zum Altar und feierte mit seiner Gemeinde das weihnachtliche Amt. Und freundlich lächelte er seinen Pfarrkindern zu, als er die Segenshand über ihnen kreuzte und sie nach Hause entließ. Ehe er ihnen folgte, blieb er jedoch noch eine Weile in der Sakristei, um sich an den verglimmenden Kohlen des Weihrauchbeckens die Hände zu wärmen.

Strahlende Sonne stand über dem verschneiten Kirchplatz, als der Pfarrer endlich aus dem gotischen Torbogen trat und zu den Giebeln der Häuser hinüberschaute, deren Dächer köstlich schimmernde Hermelinmäntel trugen. Dann senkte er aber doch den Blick nach den Stufen, die er nun hinuntersteigen wollte, geradenwegs zum Brunnen hinab, um den ein kleiner Bub ein funkelndes Auto zog. In der Nähe kam, erkannte er des Nachbarn jüngsten Sohn, der stolz über den Platz marschierte, und in seinem prächtig rot und blau lackierten Auto saß — das wächsere Christkind.

Kalter Schrecken überfiel den alten Herrn, so daß er vergaß, den Gruß des Bubens zu erwidern. Der aber hielt mit glücklich lachendem Gesichtchen vor dem Pfarrer und belächelte fröhlich die Ursache seiner Fahrt. Am Heiligen Abend sei er in die Kirche gegangen, habe lange vor dem Christkind in der Krippe gebetet und ihm versprochen, es dürfe dreimal mit ihm um den Brunnen fahren, wenn es ihm ein schönes Auto schenke.

Da brach aus des Pfarrers Herz ein heißer Blutstrom und wärmte die Hand, die er auf des Bubens Scheitel legte. „Das Christkind dankt dir für die Freude, die du ihm gemacht hast“, sagte er schließlich, indem er den wächsere Jesusknaben aus dem Auto nahm und in die Kirche zurückdrückte. Niemand sah es, daß dabei Tränen in den Augen des alten Pfarrers standen.

„Seeräuberei“ auf dem Rhein im 19. Jahrhundert

Aus der Geschichte der Rheinschiffahrt — Wie Ludwigshafen gegründet wurde

Im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts hatte die Rheinschiffahrt als Vorwerk der Festung Mannheim auf der linken Rheinseite ihren Charakter verloren. Damit begann eine friedlichen Zwecken dienende Entwicklung, die die Gründung eines Hafens und der Stadt Ludwigshafen zur Folge hatte. Die Strom- und Uferverhältnisse waren hier ebenso günstig wie auf der anderen Seite des Rheins, wo Mannheim liegt. Beide Ufer waren durch eine Schiffsbrücke verbunden.

Es war 1808, als der Mannheimer Wirt Karl Hornig sich jenseits des Rheins sesshaft machte und einen Landeplatz für Schiffe einrichtete. Als er von ihnen Gebühren erhob, ließ ihm das seine Vaterstadt verbieten, in der Hoffnung, daß man damit die sich bildende Konkurrenz im Keim ersticken könnte. Das war jedoch nicht möglich, erst recht nicht, als der Weinhändler Johann Heinrich Scharpf aus Speyer nach dem Tode von Hornig sich 1820 in den Besitz der Rheinschiffahrt setzte. Er besaß den Unternehmungsgeist und Weitblick des rechten Handelsmannes und wurde der eigentliche Begründer des Ludwigshafener Hafens. War der bisherige Landeplatz nicht mehr als eine behelfsmäßige Angelegenheit, so schuf Scharpf eine Anlage, die alle Bedürfnisse der Schiffahrt befriedigte. Damit erwachte die Mißgunst derer, die sich durch einen neuen Rheinhafen geschädigt und bedroht sahen.

Davon gibt ein Ereignis Kunde, das in die Frühzeit der Geschichte des heute größten Hafensplatzes auf dem linken Rheinufer fällt. Am 1. Oktober 1824 kam der Schiffer Oberdahn mit seinem Schiff „Wallenstein“ von Mannheim herüber, um in dem Hafen der Rheinschiffahrt zu einer Ladung von mehreren hundert Zentnern Tabak noch allerlei andere Waren (Zwetschgen, Pottasche, Hanf, Papier usw.) aufzunehmen und ins Rheinland zu transportieren. Von Mannheim aus hatte man das beobachtet, und als der Schiffer sich anschickte, mit seiner Ladung stromab zu fahren, erschien der Mannheimer Hafenmeister mit der Forderung, Oberdahn möge die in der Rheinschiffahrt geladenen Güter am Mannheimer Neckarkran ausladen, andernfalls man ihn mit Gewalt dazu zwingen würde. Das geschah, indem eine bewaffnete Schar das Schiff vom Rhein aus an die genannte Stelle brachte.

Die Güter, die Oberdahn in der Rheinschiffahrt an Bord nahm, waren zum Teil von Mannheim aus per Achse dahin gebracht worden. Dort lud man sie jetzt wieder aus, um sie zu versteigern. In dem Augenblick nahm sich die pfälzische Regierung der Angelegenheit an und forderte von Baden Rechtfertigung und Genugtuung. Das Mannheimer Stadtrat berief sich auf zwei Verfügungen aus den Jahren 1820 und 1821, nach denen das „Verschleppen“ von Mannheimer Schiffsgütern nach dem andern Rheinufer, besonders aber nach der Rheinschiffahrt, verboten war. Es vertrat den Standpunkt, Oberdahn sei nur berechtigt gewesen, Tabak aber keine Stückgüter zu laden.

Die Zentralschiffahrtskommission des Rheins wies die Mannheimer ab und erteilte dem badischen Bevollmächtigten, der die Rheinschiffahrt einen Schmuggelhafen nannte, eine Rüge. Die Pfälzer erbrachten dagegen den Beweis dafür, daß Mannheim auf Kosten der Rheinschiffahrt Schmuggel treibe. Der Mannheimer Handelsmann Renner habe die Waren nach Errichtung der Gebühren über die Rheinbrücke gebracht. Es könnte ihm nicht vorgeschrieben werden, wo und wie er sie verschicke. Es kam zu zahlreichen Verhandlungen und Verböhen, wobei die Schiffahrtskommission das Verhalten Badens mißbilligte und zugunsten der Pfalz entschied.

Kaum war diese Angelegenheit, die das bayrische Innenministerium eine Piraterie

nannte, aus der Welt geschafft, so ereignete sich ein neuer Zwischenfall. Im Jahre 1825 hatte Scharpf mit dem Handelsstand in Basel und mit den auf dem Oberrhein zugelassenen Schiffern einen Vertrag abgeschlossen, nach dem die Schiffer verpflichtet waren, alle in dem Hafen Rheinschiffahrt für Basel, Württemberg und den Oberrhein eintreffenden Güter dorthin zu verbringen. Nun hatte im Herbst 1828 der Schiffer Ignatz Stählin aus Niederhausen im Hafen Rheinschiffahrt eine volle Güterladung zum Weitertransport übernommen. Als der Schiffer die Durchfahrt bei der Mannheimer Rheinbrücke passieren wollte, wurde ihm die Passage von der Stadt Mannheim verboten, weil er die bevorzugte Beförderung von 150 Zentnern Gütern aus dem Mannheimer Hafen abzehrte.

In der Pfalz war man der Meinung, daß ein solches Verhalten der freien Rheinschiffahrt widerspräche und diese in die Abhängigkeit des Eigennutzes und der Laune der Mannheimer gerate. Baden wollte aber die vorzugsweise Beförderung Scharpfischer Speditionsgüter durch einen Mannheimer Schiffer nicht zulassen, solange noch in Mannheim Güter für die Oberrheinstraße auf den Abtransport warteten. Es wurde dem Schiffer Stählin die Brücke nicht eher geöffnet werden, bis er sich gefügig zeigte. Daraufhin drohte die pfälzische Regierung, die Rheinbrücke mit Gewalt zu öffnen.

Dazu gab das bayerische Außenministerium in München zur Verhütung unangenehmer Folgen seine Zustimmung nicht, obwohl die Verhandlungen über das Miteigentum an der Brücke aufgenommen werden sollten. Bisher hatte die Pfalz stillschweigend darauf keinen Anspruch erhoben, obwohl im Jahre 1817 Baden aus der Brücke einen Nutzen von 20 000

Gulden gezogen hatte, ohne ihn mit der Pfalz zu teilen.

Während man durch diese Überlegungen von eigentlichen Thema abgilt, und die Zentralschiffahrtskommission Mannheim zum Nachgeben veranlassen wollte, hatte Stählin gehandelt. Er veranlaßte einen badischen „Kleinschiffer“, die in Mannheim gelagerten Güter zu laden und fortzuschaffen. Nachdem Stählin fünf Tage lang auf dem Rhein festgehalten war, konnte er hinter dem von ihm gehärteten Schiff die Brückenöffnung durchfahren.

Damit solche Zwischenfälle für die Zukunft vermieden werden sollten, schlug die pfälzische Regierung Scharpf vor, sich künftig nur noch pfälzischer Schiffe zu bedienen. Scharpf lehnte das ab, weil es nur vier bis fünf Gildschiffer in Speyer und einige Kleinschiffer in Frankenthal gab, die nur Fahrten zwischen Mainz und der Rheinschiffahrt, selten bis Schreck durchführten. Zu Schreck sei aber die Schiffahrt rheinaufwärts mit Pferden beendet. Dort müßten die Schiffe durch Menschenkraft weitergebracht werden. Wenn man die Oberrheinschiffer in der Pfalz ausschalten wolle, dann werde sich der pfälzische Speditionshandel nach Basel, dem Scharpf fast allein in den Händen hatte, auf die Häfen Gernsheim, Worms und Mannheim verzeteln.

Die Zähigkeit, mit der Scharpf seine Stellung verteidigte, muß uns gefallen, zumal die Schwierigkeiten, die Mannheim dem jungen Unternehmen in den Weg legte, überwunden werden mußten. Andernfalls wäre vielleicht an dieser Stelle des Rheins nicht die Großstadt Ludwigshafen entstanden, die heute, da all das vergessen ist, mit Mannheim einen einheitlichen Wirtschaftsraum mit rund 800 000 Menschen darstellt.

Das gestohlene Christkind

Eine Weihnachtserzählung von Eduard Funk

In das zerfurchte Greisenantlitz des sonst so sanftmütigen Pfarrers flammte ein beinahe unchristlicher Zorn, als ihm der Mesner in der Sakristei mit flackernder Stimme berichtete, das Christkind sei aus der Krippe gestohlen worden. Ob er verrückt geworden sei, fragte Hochwürden empört. Aber der Mesner versicherte mit einer Armesündermiene, als ob ihn selbst ein schlechtes Gewissen drücke, daß er sich leider nicht getraut habe. Wie immer an den Weihnachtstagen habe er an der Krippe vor dem Hochaltar die vier Kerzen, die zu Häupten und Füßen des wächsernen Christkinds standen, entzündet wollen, und da habe er nur noch das leere Strohkissen vorgefunden.

Kopfschüttelnd verließ der Pfarrer die Sakristei. Als er jedoch auf dem Weg zur Kanzel den Chor durchquerte, verhielt er dort für einen Augenblick den Schritt, um sich selbst davon zu überzeugen, daß in seiner Kirche ein schreckliches Verbrechen begangen worden war. Zwar hatte der Mesner gewissenhaft auf die vier Kerzen flackernde Flämmchen gesetzt, aber in der von ihnen beleuchteten Krippe befand sich nur noch die leere Strohschütte mit einer kleinen Mulde, in der einmal ein lächelnder Jesusknabe lag.

Noch hatte von der Gemeinde anscheinend niemand das Sakrileg bemerkt. Aber einige Frauen schauten doch erstaunt auf ihren alten Pfarrer, der nicht wie sonst gesenkten Hauptes der Kanzel zuschritt, sondern mit suchenden Augen die Bankreihen überflog. Er verlor auch nicht das Evangelium in der gewohnten ruhigen Weise; seine Stimme erte stumm in nervöser Hast dem Ende des feiertäglichen Schrifttextes zu.

Andächtig hielten die Pfarrkinder ihre Gesichter zu ihm empor und harrten geduldig der Predigt, die er mit väterlicher Weisheit Sonntag für Sonntag in ihre Seelen goß. Jedoch der alte Pfarrer hob diesmal nicht mit feierlichen, gemessenen Worten an, sondern er breitete weit die Arme, die gichtigen Hände zu Schalen geformt, indes er mit bebenden Lippen der Gemeinde vorwarf, daß aus ihrer Mitte ein unbekannter Verbrecher sich gegen Gott erhoben und das Christkind aus der Krippe gestohlen habe. Gleich dem Feuerregen von Sodom und Gomorra sprühte des Pfarrers Zorn von der Kanzel herab. Erschrocken duckten die Leute die Köpfe und sahen sich heimlich an, um den einen zu entdecken, der unter solcher Anklage vielleicht schamrot würde, zumal der Pfarrer gar drastisch zu schildern wußte, welche schauerlichen Qualen den Frevler erwarteten, wenn ihn nach seinem unseligen Ende der Teufel hole.

Da stockte auf einmal der Prediger angesichts der von ihm heraufbeschworenen Hölle, weil er in seiner tiefsten Seele eher an die Liebe, denn an die Verdammnis glaubte. Und so verwandelte er sich — überraschend für seine Zuhörer — wieder in den guten alten Pfarrer, der dem Sünder seine Absolution anbot für den Fall, daß er den wächsernen Jesusknaben an seinen Ort im Kirchenchor zurückbringe.